

Auswertung AfD-Fragebogen II

Im Frühjahr 2015 hatten die Kreistagsfraktionen einen ersten Fragebogen zur Einschätzung der AfD beantwortet. Auf dieser Grundlage traf der Landesvorstand im Mai eine Einschätzung über den Charakter der AfD. Nachdem sich in der Sommerzeit mit der Spaltung der AfD das Thema scheinbar erledigt hatte, gewinnt es nunmehr im Zuge der gestiegenen Migrationszahlen neue Dynamik. Selbst wenn die Zustimmungswerte für die AfD bis zur Landtagswahl wieder sinken sollten, ist davon auszugehen, dass ein Einzug in den Landtag möglich ist. Spätestens dann muss auf Landesebene ein Umgang der demokratischen Parteien mit der AfD gefunden werden. Aber auch im Wahlkampf stehen wir konkret vor der Frage, wie wir mit dieser Partei umgehen, ob wir bspw. gemeinsame Wahlforen akzeptieren.

Vor diesem Hintergrund wurden die Kreistagsfraktionen der LINKEN erneut zur Einschätzung des Charakters der AfD befragt. Nachdem die AfD über ein Jahr an den Kreistagen und städtischen Vertretungen beteiligt ist, lässt sich deren Charakter wie folgt beurteilen.

1. Sind Eure AfD-Parlamentarier zur Alfa-Gruppe um Bernd Lucke gewechselt oder AfD geblieben?

- HRO: Von den zwei Mitgliedern in der Bürgerschaft ist eins zu Alfa gewechselt.
SN: Sie sind weiterhin in der AfD.
NWM: Die AfD-Mitglieder sind teilweise Mitglied der AfD geblieben. Michael Tauchert aus Selmsdorf verließ die AfD, behielt aber sein Kreistagsmandat. Jörg Schlegel verließ Partei und Parlament. Ob sie zu Alfa wechselten ist unbekannt. Seine Begründung zum Rückzug war die Abwendung der AfD (NWM) vom angeblich zuvor liberalen Kurs hin zu Ausländerfeindlichkeit usw.
LUP: Es sind beide Mitglieder des Kreistages bei der AfD geblieben. Sie sind beide auch im Kreisvorstand Mecklenburg-Schwerin. Thomas de Jesus Fernandes ist zudem Kreisvorsitzender und Landtagskandidat 2016.
LRO: Sie sind in der AfD verblieben bislang.
MSE: Die AfD-Mitglieder der gemischten Kreistagsfraktion (AfD-Freie Wähler) gehören immer noch zur AfD. Damit sind vier von sechs Mitgliedern der Fraktion Mitglied der AfD, inklusive des im Januar zur AfD gewechselten Vorsitzenden.
VR: Nein, sie sind nicht zu Alfa gewechselt.
VG: Die Leute der AfD im Kreistag sind allesamt nicht zur ALFA-Gruppe von Bernd Lucke gewechselt. Das hat sicher auch damit zu tun, dass die ALFA-Gruppe hier vor Ort nicht wahrnehmbar präsent ist.

2. Grenzt sich bei Euch die AfD zur NPD ab? Gibt es gemeinsame Anträge / Initiativen mit der NPD? Stimmen AfD-Vertreter mit der NPD?

- HRO: Es gibt keine gemeinsamen Anträge.
- SN: Keine NPD in der Stadtvertretung. Bei einer offiziellen Veranstaltung zur Unterbringung der Flüchtlinge in Stern Buchholz konnte ich beobachten, wie die AfD-Mitglieder in der Stadtvertretung Kontakt zur NPD hatten, unter anderem Frau Federau und Herr Pastörs, die sich mit Küsschen begrüßten.
- NWM: Eine klare Abgrenzung zur NPD ist nicht erkennbar, eine Zusammenarbeit aber auch nicht. Inhaltliche Übereinstimmungen werden teilweise bei Abstimmungen und (Kreistags-) Debatten deutlich.
- LUP: Die AfD-Vertreter grenzen sich nicht offensiv von der NPD ab. Die Unterschrift unter einer entsprechenden Demokratieerklärung wird verweigert. Gemeinsame Anträge mit der NPD gab es jedoch auch nicht. Die AfD enthielt sich bei allen Anträgen der NPD zu Asyl- und Flüchtlingsfragen ihrer Stimmen. Mehrfach wurde allerdings beobachtet, wie in Kreistagspausen Gespräche von AfD- und NPD-Vertretern, bzw. -anhängern geführt wurden.
- LRO: Nein, sie grenzen sich nicht ab. Es gibt zwar keine gemeinsamen Anträge, aber ein gemeinsames Stimmverhalten.
- MSE: Es gibt augenscheinlich keine Kommunikation und keine gemeinsamen Initiativen/Anträge mit den beiden fraktionslosen NPD-Vertretern.
- VR: Die AfD Gruppe grenzt sich absolut von der NPD ab, lässt sogar NPD-Anträge von der TO nehmen.
- VG: Nein, tun sie nicht. Es kommt regelmäßig vor, dass die AfD-Gruppe Anträgen von der NPD zustimmt. Gemeinsame Anträge haben sie aber bisher nicht eingebracht.

3. Wie schätzt Ihr den Umgang der AfD zu den aktuellen Flüchtlingsfragen ein? Initiieren AfD-Vertreter Anträge zur Verhinderung von Flüchtlingsunterkünften? Beteiligen Sie sich an entsprechenden Demonstrationen oder Kundgebungen?

- HRO: Vor allen Dingen werden Anfragen zu Flüchtlingen, deren Zahl, deren Status, deren Unterbringung, Versicherung etc. und zur Personalausstattung in der Stadtverwaltung für diesen Bereich gestellt.
- SN: AfD-Mitglieder stellen keine Anträge zur Flüchtlingspolitik. Frau Federau stellt immer in den Sitzungen des Hauptausschusses Fragen zur Situation der Flüchtlinge, z.B. wie viele, wo sind sie untergebracht.
- NWM: AfD hat sich aktiv beteiligt an Aktionen / Demonstrationen gegen Flüchtlinge und auch mit Infoständen und Pressemitteilungen gegen die derzeitige Flüchtlingspolitik Flagge gezeigt. Eine Erklärung zur Willkommenskultur mit Forderungen an Land und Bund (zu finanzieller Unterstützung) im Kreistag wurde von AfD-Mitgliedern abgelehnt.
- LUP: Der einzige Antrag der AfD, der im weiteren Sinne sich mit Flüchtlingsunterkünften beschäftigte, ist die Forderung nach einem Demonstrationsverbot vor derartigen Einrichtungen. In Kommentaren und Veröffentlichungen in den sozialen Netzwerken fällt die eigene Stilisierung als Opfer auf. Die „Systemparteien“ hingegen sind die Täter.
- LRO: Bislang haben sie nur „kritisch“ Zahlen etc. hinterfragt.

- MSE: Die Erklärung zur Willkommenskultur des Kreistages wurde von der AfD/FW-Fraktion nicht unterzeichnet. Anträge zur Integration von Flüchtlingen wurden durch die Fraktion abgelehnt. Vielmehr initiiert sie Demonstrationen und Kundgebungen, auf denen sie die Schließung der Grenzen und zügige Abschiebungen fordern. Eine Beteiligung an NPD-MVgida-Aufmärschen/Abendspaziergängen etc. ist nicht bekannt. Die rechtspopulistische bis rechtsextremistische AfD-Positionierung wird jedoch anhand von Diskussionen in online-Foren deutlich.
- VR: Bis jetzt wurde von der AfD ein Antrag gestellt, der forderte, in den Bade- und Erholungsorten keine Flüchtlinge unterzubringen. Dieser wurde jedoch in der Sitzung zurückgezogen. Bei den wandernden „Patrioten“ wurde bisher kein Kreistags-AfDler entdeckt, es sind aber bestimmt andere darunter gewesen.
- VG: Die AfD stimmte im letzten Jahr einem Antrag der NPD zu, der das Kirchenasyl in der Wolgaster evangelischen Kirche missbilligt. Außer in diesem Fall sind sie jedoch nicht besonders beim Thema "Ausländer" aktiv geworden.

Fazit und Schlussfolgerung

Mit Ausnahme dreier Personen aus Nordwestmecklenburg und der Hansestadt Rostock sind alle Mandatsträger in der Partei „Alternative für Deutschland“ geblieben. Damit trägt der überwiegende Teil den Schwenk von der nationalkonservativen, wirtschaftsliberalen Partei der Eurokritiker, hin zum rechtspopulistischen Kurs der Gegner einer Aufnahmebereitschaft für Geflüchtete mit.

Eine landesweite Strategie der AfD im Umgang mit NPD-Initiativen ist nicht festzustellen. Vielmehr entscheiden die handelnden Mitglieder der AfD auf Kreisebene, ob und in welchem Maße NPD-Initiativen unterstützt werden. Das Spektrum reicht hierbei von offener Ablehnung bis zu Zustimmung. In der Mehrzahl der Fälle werden jedoch, je nach inhaltlicher Zielrichtung, NPD-Initiativen unterstützt. Die NPD gilt als gleichberechtigte Partei, für die nicht die Notwendigkeit eines grundsätzlich anderen Umgangs gesehen wird. Dies spiegelt sich in der Weigerung der AfD wider, gemeinsam mit den demokratischen Fraktionen einen demokratischen Konsens und damit die Abgrenzung zur NPD zu unterzeichnen. Gemeinsame Initiativen mit der NPD wurden in keinem Fall eingebracht. Während auf der offenen Bühne des Kommunalparlamentes die Bemühung der AfD festzustellen ist, eine inhaltliche Distanz zur NPD zu wahren, ist diese Abgrenzung im persönlichen Umgang nicht feststellbar. In mehreren Fällen besteht ein offenkundig gutes persönliches bis herzliches Verhältnis zwischen Mitgliedern beider Parteien.

Offen rechtsextreme oder rassistische Initiativen der AfD sind nicht eingebracht worden. Ein Grenzfall ist die Missbilligung eines Kirchenasyls. Insgesamt lässt sich jedoch feststellen, dass die Rhetorik dieser Partei zu Migrationsfragen sich nicht in gleichem Maße in parlamentarischen Initiativen widerspiegelt. Hauptsächlich sind Kleine Anfragen zur Zahl und zur Unterbringungssituation von Geflüchteten festzustellen. Es gibt einen Antrag der AfD, der in mehreren Kreisen gestellt und damit offenkundig landesweit koordiniert wurde. Dieser

Antrag forderte ein Demonstrationsverbot vor Flüchtlingsunterkünften, weil Geflüchtete nicht die Adressaten der gescheiterten Migrationspolitik der Bundesregierung sein sollten. Anträge anderer Fraktionen zur Integration von Migranten verweigert die AfD jedoch die Zustimmung.

Im außerparlamentarischen Handeln initiiert die AfD Demonstrationen und Kundgebungen, ist aber auch hier bemüht, sie nicht mit neonazistischen Strömungen und der NPD gemeinsam zu machen. So tritt sie grundsätzlich nicht im Zusammenhang mit NPD oder MVgida-Demonstrationen in Erscheinung.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass sich bei der AfD anhand der Kommunalpolitik und den öffentlichen Verlautbarungen keine neonazistische oder rechtsextreme Orientierung nachweisen lässt. Dies bedeutet um der eigenen Glaubwürdigkeit willen, dass sich der Umgang der demokratischen Parteien zur AfD von dem zur NPD unterscheiden muss. Gleichwohl unterscheidet sich das Selbstverständnis der AfD deutlich von dem anderer demokratischer Parteien. Insbesondere bei Redebeiträgen auf Demonstrationen und in online-Kommentaren werden völkische und nationalistische Bezüge deutlich. Die AfD stilisiert sich als Sprecher einer unterdrückten Mehrheit, die zum Schutz von Volk und Vaterland der linken Meinungsdictatur entgegentritt. Dies geht weit über den Anspruch hinaus, eine Alternative zum bestehenden System zu sein. Inhaltlich wird die Systemalternative nicht deutlich, sie ist nicht programmatisch untersetzt. Sie hat also keine Antworten auf die Fragen unserer Zeit. Das Auftreten der AfD trägt autoritäre, wenn nicht totalitäre Elemente. Nur die AfD verträte das Interesse des Volkes. Andere Auffassungen werden nicht als legitimer Ausdruck von gesellschaftlichen Gruppen gesehen, sondern als gesellschaftsschädlich. Dieser autoritäre / totalitäre Anspruch unterscheidet die AfD von demokratischen Parteien. In diesem Sinne wird auch die NPD nicht als Bedrohung wahrgenommen, der man als Demokrat entgegentreten müsste. Die NPD wird mindestens toleriert, wenn nicht als stillschweigende Verbündete akzeptiert. Als Gegner der AfD werden ausschließlich die „linken“ Systemparteien identifiziert.

In der inhaltlichen Auseinandersetzung mit der AfD sind insbesondere ihre fehlende Abgrenzung zur NPD und ihre autoritäre Grundhaltung zu thematisieren.